

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 3/2010

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**Interview mit  
Wolfgang Katzian**

Seite 12

**Michael Scharang  
über das Ende  
des Kapitalismus**

Seite 14

**Wieso die Reichen  
keine Steuern zahlen** ab Seite 4

# Steuerparadies Österreich



# Inhalt

## Thema

- 4 Steuerparadies Österreich
- 8 Mindestsicherung – ab in die Hängematte?
- 10 Kommentar von Helene Schubert

## Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Interview mit Wolfgang Katzian
- 14 Porträt Michael Scharang
- 16 Neuer Presserat

## Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Gute Arbeit: Das MitarbeiterInnengespräch
- 20 BR:next – Betriebsrat 2.0
- 21 Rechtsschutz: 168 Millionen erkämpft
- 22 Krise trifft soziale Arbeit

## Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 CARD-Angebote
- 26 Gewinnspiel und Veranstaltungen
- 27 Bücher und Leserbriefe
- 28 Frühstart im „grünen Quartier“ (Advertorial)
- 30 fair-finance – der faire Unterschied (Advertorial)

4



Collage: Fotolia/ K. Knüpfel

## Steuerparadies Österreich

12



Foto: Nurith Wagner-Strauss

## Interview Wolfgang Katzian

14

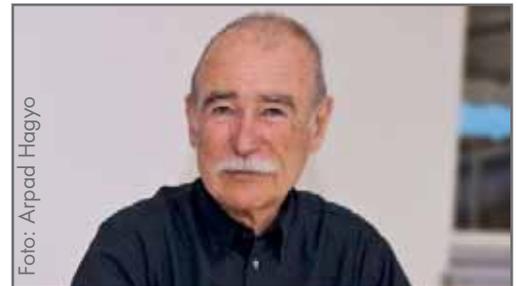


Foto: Arpad Hagyo

## Michael Scharang

### IMPRESSUM

Leserbriefe an [kompetenz@gpa-djp.at](mailto:kompetenz@gpa-djp.at)

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 0301-301, [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, [martin.panholzer@gpa-djp.at](mailto:martin.panholzer@gpa-djp.at), Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, [barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)

Redaktion und Anzeigen:

Renate Zaunscherb, [renate.zaunscherb@gpa-djp.at](mailto:renate.zaunscherb@gpa-djp.at)

Artidirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörf

Coverfoto: Nurith Wagner-Strauss Fotomodell Coverstory:

Robert Hes  
DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



## Eine Frage der Vernunft

Seit einigen Wochen wird die Frage, in welcher Form die von der Wirtschaftskrise entstandene Staatsverschuldung wieder zurückgeführt werden soll, auch in Österreich verstärkt diskutiert. Wir haben als GPA-djp schon sehr früh die klare Position vertreten, dass nun vor allem jene für die entstandenen Kosten aufkommen müssen, die es sich zum einen leisten können und die zum anderen in Zeiten der Hochblüte einer ungezügelter neoliberalen Kapitalismus enorme Vermögen angehäuft haben.

In kaum einem anderen Land werden Vermögen derartig schonend behandelt wie in Österreich. Deshalb sehen wir nun auch die Chance und Notwendigkeit, die große Krise dafür zu nutzen, strukturelle und nachhaltige Veränderungen im Steuersystem durchzuführen. Alle, die nun davon sprechen, eine stärkere Besteuerung von Stiftungen oder Spekulationsgewinnen gefährde den Wirtschaftsstandort, muss man fragen, wie wirtschaftsfreundlich es ist, wenn man durch neue Steuern die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung schmälert und dadurch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurückgeht.

Es ist also nicht nur ein Gebot der Fairness und Gerechtigkeit, dass die Vermögenden mehr zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen, sondern in hohem Ausmaß auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Uns ist auch vollkommen klar, dass die nun härter werdenden Auseinandersetzungen nicht ausschließlich mit der Kraft der Argumente zu gewinnen sind.

„Umdenken, Gegenlenken“ lautet das Motto unseres im November stattfindenden Bundesforums. Nicht nur dort werden wir deutlich machen, dass wir für diesen notwendigen Prozess des gesellschaftlichen Wandels all unsere gewerkschaftliche Kraft und Kreativität in die Waagschale werfen werden.

Dwora Stein  
Chefredakteurin

# Steuerparadies Österreich

*Privilegien.* Während die ArbeitnehmerInnen Monat für Monat ihre Steuern zahlen und die Regierung über neue Belastungen und Sparmaßnahmen nachdenkt, bleiben Gewinne aus Aktien, Vermögen und andere steuerliche Vorteile für Reiche unangetastet. Dabei wären hier enorme Summen zu holen.

Die Manager langen wieder kräftig zu. Krise, Rettung mit Steuergeldern? Nie gehört. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, verdiente 2009 wieder 10 Mio. Euro, davon 8,3 Mio. Euro an Boni. Wofür? Wegen hoher Einnahmen aus Investmentbankinggeschäften. Also nicht, weil die Bank Kredite an Kunden oder Unternehmen vergeben hat, was gesellschaftlich sinnvoll wäre – sondern weil sie riskant und ertragreich gezockt hat. Auch in Österreich treibt es seltsame Blüten. Während die Post

weitere (!) 900 MitarbeiterInnen abbauen will, wollte sich ÖIAG-Chef Peter Michaelis rückwirkend die Gage im Postaufsichtsrat um 87 Prozent auf 49.000 Euro erhöhen. Das ist für ihn übrigens nur ein Zusatzeinkommen für vier bis fünf Sitzungen im Jahr. Für eine solche Summe muss ein Briefträger zwei Jahre arbeiten gehen.

## Ungleiche Besteuerung

Doch nicht nur, dass viele Spitzenmanager die Wirtschaft als privaten Selbstbedienungsladen

betrachten, sind die Gewinne und Vermögen wenig oder gar nicht besteuert.

Österreich ist zwar ein Hochsteuerland – aber nur für jene, die ihr Geld durch Arbeit verdienen. Vermögende werden in Österreich steuerlich privilegiert wie in keinem anderen Industrieland. Das bedeutet, dass andere – die Nichtvermögenden, also die ArbeitnehmerInnen – mit ihren Steuern den Steuerausfall der Vermögenden ersetzen müssen.





Foto: Nurith Wagner-Strauss

Die Regierung hat sich darauf geeinigt, dass die Neuverschuldung wieder reduziert werden muss. Dabei soll der Schwerpunkt mit 60 Prozent auf Kürzungen bei den Ausgaben gelenkt werden. Das kann Sparen bei den kleinen Leuten bedeuten. Wir meinen: Es wäre auch bei den Einnahmen einiges

zu holen und haben die Steuerprivilegien der Spitzenverdiener und Vermögenden unter die Lupe genommen.

## Steuerflucht

Mit dem Geld abziehen können nur die Reichen. Während die DurchschnittsverdienerInnen einen beachtlichen Teil ihres Einkommens an den Staat abführen, verschieben Vermögende das Geld lieber ins Ausland. In einer Studie des Schweizer Unternehmens Helvea werden die in der Schweiz veranlagten Gelder aus Österreich auf 14 Mrd. Euro geschätzt, zwölf Mrd. Euro davon nicht versteuert. Und das ist eine „äußerst vorsichtige Schätzung“, mehr als das Doppelte dieses Betrags sei „nicht unrealistisch“.

## Steuerfreie Gewinne durch Privatstiftungen

Privatstiftungen sind die österreichischen Steueroasen für Multimillionäre. Bekannt wurden sie, als Billa-Gründer Wlaschek 1996 Billa

um 15 Mrd. Schilling an Rewe verkaufte, ohne einen Schilling Steuern zahlen zu müssen. Seither haben viele die Privatstiftungen genutzt. Mittlerweile sind in die Stiftungen Vermögen in der Höhe von 60 Mrd. Euro eingebracht worden.

Ein Beispiel, das die Steuerentgänge durch die Stiftungsprivilegien verdeutlicht: 2007 kaufte die Voest das Unternehmen Böhler-Uddeholm. Eine österreichische Investorengruppe verkaufte ihren Anteil und machte dabei einen Gewinn von 607 Mio. Euro. Sie zahlte dafür nicht einen Cent Steuern! Gäbe es eine Vermögenszuwachssteuer für Stiftungen von 25 Prozent – wie die Kapitalertragsteuer für Sparbücher –, dann hätte der Staat hier 150 Mio. Steuern eingenommen. Eine Summe, mit der der Bund bereits die Mindestsicherung finanzieren könnte.

## Steuerfrei zocken

Gewinne aus dem Verkauf von Aktien sind steuerfrei, wenn die Aktien ein Jahr gehalten wurden. Unter dem Motto: „Billig einkaufen, steuerfrei gewinnen“ sorgt das für steuerfreie Einkommen für die Reichen.

Ein Bank-Chef kaufte Anfang März 2009 25.000 Aktien der Bank, in der er arbeitet, zu je 7,4 Euro. Eine Woche zuvor hatte sich die Bank mit der Bundesregierung auf eine Staatshilfe von 1,89 Mrd. Euro geeinigt. Ein Jahr später steht der Kurs bei 29 Euro. Das Aktienpaket ist nun mehr als 725.000 Euro wert, eine Wertsteigerung von 293 Prozent bzw. – bei Verkauf – ein Gewinn von mehr als 500.000 Euro. Dieser Gewinn ist steuerfrei, weil die Spekulationsfrist von einem Jahr abgelaufen ist.

Wenn Manager aus eigener Tasche Aktien kaufen, ist das nichts Ver-

## GPA-djp fordert Vermögenssteuer

Man muss den Mittelstand nicht belasten, damit eine Vermögenssteuer etwas bringt, denn Vermögen sind stark konzentriert. Die GPA-djp schlägt daher ein Modell für eine Vermögenssteuer vor, das etwa 3,5 Milliarden einbringen würde, ohne den Mittelstand oder durchschnittliche Vermögen (Stichwort „Häuselbauer“) zu belasten: Nur Vermögen von mehr als 500.000 Euro je Haushalt sollen besteuert werden. Mehr dazu: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



werfliches. Dass diese Gewinne hingegen nicht besteuert werden, ist ein nicht zu rechtfertigendes Steuerprivileg. Die GPA-djp setzt sich seit Jahren für eine Abschaffung dieser Spekulationsfrist ein. Dagegen wurde 2008 eingewandt: „Die Kurse sind im Keller, das bringt doch nichts.“ Jetzt hingegen entgehen dem Staat Millionen, denn seit März 2009 stiegen die Kurse sehr stark an.

Nun wird wieder gezockt. Viele haben billig gekauft und können jetzt nach einem Jahr steuerfrei mit Gewinn verkaufen. Die Verzögerung der Einführung der Vermögenszuwachssteuer war absolut verantwortungslos. Wer Gewinne aus Aktienverkäufen hat, soll genauso Steuer zahlen wie die SparbuchbesitzerInnen für ihre Zinsen!

### Steuerprivilegien für Großunternehmen

2005 hat sich Ex-Finanzminister Grasser für Konzerne ein besonderes Zuckerl einfallen lassen: Die Gruppenbesteuerung. Ein Konzern mit Mutter in Österreich kann Verluste, die er irgendwo anders auf der Welt gemacht hat, sofort mit Gewinnen in Österreich gegenrechnen. So zahlt er hier weniger oder gar keine Steuern. Dabei wurde weit über das hinausgegangen, was in der EU angerechnet werden muss.

Die Bank Austria konnte ihren Gewinn im Krisenjahr 2009 mit 1,1 Mrd. Euro stabil halten. Steuern zahlt sie in Österreich aber keine, das macht die aktuelle Rechtslage möglich. Die Bank hat zwar 182 Mio. Euro an Ertragssteuern gezahlt, jedoch nichts davon in Österreich. So entgehen dem Staat Jahr für Jahr Millionen an Steuereinnahmen. ■

David Mum



### Steuerleistung nach GPA-djp Model

|                     | Vermögen in EUR | Steuer in EUR |
|---------------------|-----------------|---------------|
| Dietrich Mateschitz | 3.900.000.000,- | 56.532.250,-  |
| Karl Wlaschek       | 3.000.000.000,- | 43.482.250,-  |
| Heidi Horten        | 2.700.000.000,- | 39.132.250,-  |
| Swarovski-Clan      | 2.200.000.000,- | 31.882.250,-  |
| Frank Stronach      | 1.800.000.000,- | 26.082.250,-  |
| Martin Schlaff      | 1.500.000.000,- | 21.732.250,-  |
| Thomas Prinzhorn    | 900.000.000,-   | 13.032.250,-  |
| Julius Meinl        | 900.000.000,-   | 13.032.250,-  |
| Hans Dichand        | 750.000.000,-   | 10.857.250,-  |
| Hannes Androsch     | 400.000.000,-   | 5.782.250,-   |

Bei Umsetzung des GPA-djp Steuermodells würden diese Vermögenden diese Steuern jährlich bezahlen.

Quelle: Trend 2009. Alle Angaben ohne Gewähr auf Basis fundierter Schätzungen.

### Wo Geld zu holen ist:

|   | Aufkommen in EUR   |
|---|--|
| Einführung einer Vermögenszuwachssteuer   | bei Aktien 400.000.000,-<br>bei Immobilien 200.000.000,- |
| Abschaffung der Steuerprivilegien für Stiftungen  | 750.000.000,-  |
| Bankenabgabe  | 500.000.000,-  |
| Reform der Gruppenbesteuerung   | 150.000.000,-  |
| Allgemeine Vermögenssteuer mit 500.000 Euro Freibetrag je Haushalt                                | 3.500.000.000,-  |
| Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit großzügigen Freibeträgen | 150.000.000,-  |

Gesamt: Ohne allgemeine Vermögenssteuer Mehreinnahmen von etwa 2,15 Mrd. Euro; mit Vermögenssteuer bis zu 5,6 Mrd. Euro.

Quelle: GPA-djp, Grundlagenabteilung



**Die Mindestsicherung ist eine konkrete Maßnahme zur Bekämpfung der Armut.**

## Ab in die Hängematte?

***Soziale Sicherheit.** Der Beschluss für die Mindestsicherung war keine 24 Stunden alt, schon wurden erste Töne laut, ob sich Arbeiten dann überhaupt noch auszahlt – eine Frage, die sich bei genauer Betrachtung von selbst beantwortet.*

**V**ielleicht waren es Begriffe wie die „soziale Hängematte“, oder die jahrelange Diskussion, die dem Beschluss vorausgegangen war, oder auch die leicht zu entkräftende Kritik der größten Oppositionspartei, die den Regierungsparteien bei der Mindestsicherung wortwörtlich „Husch-Pfusch“ vorwarf – die bedarfsorientierte Mindestsicherung, deren Einführung der Ministerrat Mitte März beschlossen hat, löste eine unschöne Neiddebatte aus. Tenor: „Warum soll man dann eigentlich noch arbeiten gehen?“

### Arbeitsmarkt

Selbst bei oberflächlicher Betrachtung liegt die Unsinnigkeit dieses Zugangs auf der Hand: Weil viele Menschen, vor allem ältere Frauen und Männer, aber auch immer mehr Jugendliche, selbst bei bestem Willen in Zeiten wie diesen gar nicht die Möglichkeit haben, einer geregelten bezahlten Arbeit nachzugehen. „Die Wirtschaftskrise ist erst dann vorbei, wenn sich der Arbeitsmarkt spürbar und nachhaltig erholt“, wie es der Vorsitzende der GPA-djp, Wolfgang Katzian,

immer wieder auf den Punkt bringt – davon kann mit derzeit rund 350.000 Arbeitslosen in Österreich leider noch keine Rede sein.

Eine genaue Betrachtung der Mindestsicherung, wie sie ab 1. September ausbezahlt werden soll, sollte wohl allen Zweiflern und Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen. Sie orientiert sich am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung. Das bedeutet zum Start im heurigen Herbst 744 Euro beziehungsweise 1.116 Euro netto für Paare zwölfmal jährlich.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist auch kein bedingungsloses Grundeinkommen – sie steht nur Personen zu, die bereit sind, zu arbeiten. Ausnahmen gibt es nur für jene, die das ASVG-Pensionsalter erreicht haben, Kinder bis zu drei Jahren betreuen oder Kranke ab Pflegestufe drei alleine pflegen, bei Sterbebegleitung für schwerst- kranke Kinder oder im Falle einer Ausbildung, die vor dem 18. Lebens- jahr begonnen wurde.

Die Mindestsicherung ist weiters an das „Recht des dauernden Auf- enthalts“ gebunden, das Argument des Sozialtourismus zielt also ins Leere. Es wird sie außerdem nur für Menschen geben, die über keine Ersparnisse oder Vermögen verfü- gen (siehe Kasten rechts).

### Arbeit attraktiver machen

„Die Mindestsicherung ist eine kon- krete Maßnahme zur Bekämpfung der Armut, aber auch zur Wieder- eingliederung in den Arbeitsmarkt. Es gibt keine Wahlmöglichkeit zwi- schen Arbeit und Mindestsiche- rung“, stellt Wolfgang Katzian klar.

Die Bemühungen müssten darauf abzielen, die Arbeit wieder attrakti- ver zu machen. Dazu zählt der Vor- sitzende der GPA-djp auch die Forde- rung nach der kollektivvertraglichen Verankerung eines Mindestlohns von 1.300 Euro. Die Industriellenvereini- gung verweigert diese Anhebung der Mindestlöhne mit der Begründung, dass gerade in der Industrie der Großteil der Beschäftigten ohnedies über einem Bruttolohn bzw. -gehalt von 1.300 Euro liege. Das lässt Katzian nicht gelten. „Die Mindestlöhne und -gehälter müssen für die Menschen attraktiv sein. Wir wollen keine „Wor- king poor“, also Menschen, die trotz Arbeit arm sind – wir wollen, dass Arbeit sich lohnt.“ ■

Litsa Kalaitzis

## Fragen und Antworten zur Mindestsicherung

### Wie hoch ist die Mindest- sicherung?

Die Mindestsicherung orien- tiert sich am Netto-Ausgleichs- zulagenrichtsatz in der Pen- sionsversicherung. Das sind 744 Euro beziehungsweise 1.116 Euro netto für Paare, zwölfmal jährlich.

### Ist die Mindestsicherung ein Grundeinkommen, ohne arbeiten zu müssen?

Die Bedarfsorientierte Min- destsicherung ist kein bedin- gungsloses Grundeinkommen. Nur wer bereit ist zu arbeiten, also die Angebote des AMS anzunehmen, kann sie bean- spruchen. Wer diese Anforderung nicht erfüllt, dem drohen Kürzungen.

### Wer hat Anspruch auf die Mindestsicherung?

Anspruch haben nur Inlän- derInnen und Personen, die ihnen gleichgestellt sind (EU- BürgerInnen). Die Keule des Missbrauchs durch Ausländer kann beim Thema Mindest- sicherung daher keinesfalls geschwungen werden.

### Ersetzt die Mindestsicherung die Sozialhilfe?

Die Mindestsicherung ist grundsätzlich keine neue Lei- stung. Die Sozialhilfe, so wie sie derzeit existiert, ist in den neun Bundesländern unter- schiedlich geregelt. Die Min- destsicherung fügt sich in das bestehende System ein und zielt darauf ab, in den neun Regelungen ein Mindestniveau einzuziehen. Ein sogenanntes Verschlechterungsverbot sorgt dafür, dass unterm Strich keinesfalls weniger als bei der bisherigen Sozialhilfe heraus- kommen kann.

### Dürfen BezieherInnen der Mindestsicherung Vermögen haben?

Es wird die Mindestsicherung nur für Menschen geben, die nichts auf der hohen Kante haben, die „über keine angemessenen eigenen Mittel verfügen“. Das bedeutet, dass Vermögen und Einkommen der BezieherInnen bis auf wenige Ausnahmen eingesetzt werden müssen. Ein Auto darf beispiels- weise nur mehr besitzen, wer es berufsbedingt (um Ange- bote des AMS anzunehmen), aufgrund einer Behinderung oder mangels entsprechender Infrastruktur braucht. Mehr als 3.270 Euro (entspricht der fünffachen Auszahlung der Mindestsicherung für Alleinste- hende) an Vermögen dürfen nicht vorhanden sein, auch Lebensversicherungen oder andere finanzielle „Polster“ werden in dieser Rechnung berücksichtigt.

### Sind BezieherInnen der Mindestsicherung kranken- versichert?

Ja, alle BezieherInnen sind in die gesetzliche Kranken- versicherung einbezogen und erhalten eine e-card. Die stigmatisierenden Sozialhilfe- Krankenscheine werden abge- schafft.

### Kann Österreich sich die Mindestsicherung in der Krise wirklich leisten?

Die Mindestsicherung ist eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investition, weil sie die Kauf- kraft steigert. Rund 200 Mio. Euro zusätzlich werden direkt in den Konsum fließen. Nach Schätzungen des Sozialminis- teriums schafft dies 12.000 Arbeitsplätze.



Foto: Regine Hendrich

Helene Schubert

# Wie konsolidieren?

**Budgetdefizit.** *Wie kann der Staat seinen Schuldenstand reduzieren, ohne dabei das Wachstum zu dämpfen? Ein Gastkommentar von Helene Schubert.*

Folgt man den Prognosen, so wird sich in Österreich der Schuldenstand des Staates zwischen 2007 und 2011 um bis zu 30 Prozent erhöht haben. Konjunktur- und Bankenpakete und insbesondere der Einbruch der Wirtschaftsleistung haben die Staatsausgaben ansteigen lassen und zu einem starken Rückgang der Steuereinnahmen geführt.

Eine Budgetkonsolidierung ist schon allein aufgrund der hohen Zinszahlungen für die Staatsschuld sinnvoll. Die Frage ist, bei welchen Einnahme- und Ausgabekategorien angesetzt werden muss, damit das verhaltene Wachstum nicht zusätzlich gedämpft wird. Wenn eine Schwächung der Masseneinkommen das Wachstum bremst, würden über niedrige Einnahmen und höhere Ausgaben die Budgetdefizite erst recht ansteigen und somit eine Spirale nach unten heraufbeschwören.

Es wäre ökonomisch sinnvoll, Investitionen in die Zukunft zu finanzieren, die Österreich ohnehin drin-

gend benötigt. Dazu zählen solche in Bildung, Forschung und Entwicklung, Gesundheit und Soziales sowie in den Klimaschutz. Mit dieser Konsolidierungsstrategie wären mehrere Ziele erreicht: Budgetäre Kosten für die Zukunft würden vermieden (z. B. im Bereich des Klimaschutzes), nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung würden gefördert, die Standort- und Wettbewerbsfähigkeit würde gestärkt.

**Es wäre ökonomisch sinnvoll, Investitionen in die Zukunft zu finanzieren, die Österreich ohnehin dringend benötigt.**

Wo sind nun Einnahmequellen für den Staat zu finden, die Wachstum nicht dämpfen? Diskutiert werden eine Bankenabgabe, eine Finanztransaktionssteuer oder ein Zuschlag auf die Körperschaftsteuer von Finanzinstitutionen.

Eine Beteiligung derjenigen, die von den Banken- und Konjunkturpaketen profitiert haben, bedarf allerdings eines breiteren Ansatzes. Es würde im Rahmen einer einzigartigen Sozialisierung von Verlusten und

Privatisierung von Gewinnen Vermögen gesichert, das in Österreich kaum besteuert wird und äußerst ungleich verteilt ist. Die obersten 10 Prozent verfügen über 54 Prozent des gesamten Geldvermögens. Der Immobilienbesitz ist noch ungleicher verteilt, hier besitzt das oberste Zehntel 61 Prozent. Selbst internationale Institutionen kritisieren die wettbewerbs- und leistungsfeindliche Steuerstruktur: die hohe Belastung des Faktors Arbeit, während vermögensähnliche Steuern – z. B. Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögenszuwachssteuer –

mit einem Anteil von knapp über 2 Prozent an den gesamten Steuereinnahmen kaum von Bedeutung sind. In den Hochburgen des Aktionärskapitalismus, wie beispielsweise in Großbritannien oder den USA, beträgt dieser Anteil mehr als 10 Prozent. Österreich hat hier noch enormen Aufholbedarf. ■

*Helene Schubert ist Mitglied des BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltschaftliche Initiativen).*



Foto: Sini024, Fotolia.com

## Magere Erträge für ArbeitnehmerInnen

**Abfertigung.** Das System der privaten Vorsorgekassen bedient die Kassen und nicht die ArbeitnehmerInnen.

„Die Vorsorgekassen für die Abfertigung arbeiten nicht effizient. Die Kosten für die ArbeitnehmerInnen sind derzeit zu hoch“, kritisiert der Vorsitzende der GPA-djp, Wolfgang Katzian. Die Reform der Abfertigung im Jahr 2003 war ein sozialpolitischer Fortschritt, da nun auch Beschäftigte mit kurzen Dienstverhältnissen einbezogen sind und der Anspruch garantiert ist – selbst bei einer Kündigung durch den/die ArbeitnehmerIn. „Doch die konkrete Durchführung über private Vorsorgekassen überzeugt nicht: Die Kassen bieten eine Verzinsung auf die eingezahlten Beiträge unter der Inflationsrate“, erklärt Katzian.

In den ersten Jahren eines Dienstverhältnisses übersteigt der Anspruch nicht die Summe der eingezahlten Beiträge. Die Erträge sind nicht höher als die Verwaltungskosten. Die Kassen verdienen hingegen sehr gut an ihren Einnahmen aus eben diesen Verwaltungskosten mit Eigenkapitalrenditen von durchschnittlich 16 Prozent (2008). Die Nettoverzinsung der Beiträge der ArbeitnehmerInnen liegt hingegen mit durchschnittlichen 1,2 Prozent (2004–2009) unter der Inflationsrate. „Erst wenn hier die Erträge fair verteilt werden, kann über höhere gesetzliche Beiträge diskutiert werden“, betont Katzian.

## Breite europäische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag

„Arbeit am Sonntag muss auf die für die Gesellschaft notwendigen Bereiche wie Gesundheit, Sicherheit und Verkehr beschränkt bleiben“, erklärte Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp, im Rahmen der 1. Europäischen Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags. Die Konferenz versammelte im März über 400 TeilnehmerInnen aus Politik, Gewerkschaften, Kirchen und NGOs im EU-Parlament in Brüssel. „Es tut gut zu sehen, mit welcher Breite die Allianz für den freien Sonntag die europäische Ebene erreicht hat“, freute sich Brantner. Die Konferenz kündigte eine Europäische Bürgerinitiative zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags an.



## Verfehlte Familienpolitik

Die Geburtenrate schwächt bei 1,4 Kindern pro Frau, die Quote der armutsgefährdeten Kinder hat sich in 20 Jahren auf 15 Prozent verdoppelt. 41 Prozent der Frauen arbeiten lediglich Teilzeit, in einem Viertel der Familien ist der vollzeitbeschäftigte Mann immer noch der Alleinverdiener.

Mit drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gibt Österreich überdurchschnittlich viel für Familienleistungen aus, trotzdem werden die selbst gesteckten familienpolitischen Ziele nicht erreicht.

Ein Blick hinter die Fassade zeigt: „Wir geben viel Geld für die teilweise falschen Zwecke aus“, kritisieren Margit Schratzenstaller und Hedwig Lutz, Studienautorinnen des Wifo im Auftrag der Arbeiterkammer.

Sinnvoll wäre es, finanzielle Transferleistungen zu streichen, um das Geld in mehr Kindergartenplätze zu stecken. Armut ließe sich besser bekämpfen, wenn Müttern bezahlte Arbeit ermöglicht werde. Sparen könnte man aus Sicht der Wifo-Expertinnen hingegen bei Familienleistungen, die keinen Beitrag zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen erbringen, wie z. B. der Alleinverdienerabsetzbetrag für Familien ohne Kinder.



Foto: Nurih Wagner-Strauss

# „Mit uns wird zu rechnen sein!“

**Kräfte messen.** *Wie werden wir ÖsterreicherInnen die Folgen der Krise bewältigen? Wolfgang Katzian, der Vorsitzende der GPA-djp, spricht über neue Steuern, über drohende Sparmaßnahmen und über die Rolle der Gewerkschaft in den kommenden Auseinandersetzungen.*

**KOMPETENZ:** Die Regierung will im Jahr 2011 das Budgetdefizit um 4,2 Milliarden reduzieren. Worauf können sich die ArbeitnehmerInnen da einstellen?

**Katzian:** 4,2 Milliarden sind sicher keine Kleinigkeit. Die Regierung hat sich bereits festgelegt, dass sie 2,5 Milliarden Euro davon einsparen und 1,7 Milliarden durch neue Steuern hereinholen will. Über die Details wird derzeit heftig diskutiert und da ist vor dem Herbst auch kein Ende in Sicht. Grundsätzlich positiv sehe ich, dass es offenbar schon einen Konsens gibt, dass es eine Budgetsänierung nur durch Sparen nicht spielt. Trotzdem bleiben zweieinhalb Milliarden Euro, die man irgendwo abzwacken möchte. Wo genau, da werden wir als Gewerkschaft sehr wachsam sein und uns jede vorgeschlagene Maßnahme genau anschauen. Eins steht aber jetzt schon fest, Einschnitte bei der Gesundheit, im Sozialsystem, bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und bei der Bildung fassen wir als Kampfansage auf.

**KOMPETENZ:** Die GPA-djp hat schon vor dem Ausbruch der Krise höhere Vermögenssteuern gefordert. Kommen wir diesem Ziel jetzt näher?

**Katzian:** Ich denke, es ist ein Erfolg, den wir uns mit auf die Fahnen heften können, dass mittlerweile selbst der Finanzminister erkannt hat, dass wir an höheren vermögensbezogenen Steuern nicht vorbeikommen werden. Ich gehe fix davon aus, dass die Bankensteuer kommt. Die Vermögenszuwachssteuer und die Börsenumsatzsteuer halte ich zumindest für sehr wahrscheinlich. Damit nähern wir uns schrittweise dem, was in der EU-15 an Vermögenssteuern eigentlich üblich ist. Nur ein Beispiel dazu: 12 von 15 EU-Ländern besteuern bereits Vermögenszuwächse.

Wenn wir uns mittelfristig aber wieder mehr finanziellen Spielraum verschaffen wollen, um die ArbeitnehmerInnen zu entlasten und wichtige Beschäftigungsimpulse zu setzen, dann brauchen wir auch eine echte Vermögenssteuer für große Vermögen über 500.000

Euro. Ein fataler Fehler wäre es dagegen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Da sehe ich große Gefahr, den Aufschwung gleich wieder im Keim zu ersticken.

**KOMPETENZ:** Gibt es auch Einsparungen, mit denen die GPA-djp leben könnte?

**Katzian:** Dass unsere Priorität nicht bei Einsparungen liegt, sondern bei höheren Einnahmen, kann man gar nicht oft genug betonen. Wir sind aber auch realistisch genug, zu erkennen, dass letztlich ein Kompromiss herauskommen wird. Von denen, die diesen Kompromiss aushandeln, fordern wir, dass jede Maßnahme peinlichst genau auf ihre sozialen, ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen überprüft wird.

Genauer anschauen kann man sich aber sicherlich indirekte Förderungen für bestimmte Gruppen, die trotz entsprechender Einkommen wenig Steuern und Sozialversicherung zahlen, wie z. B. viele Bauern. Auch die Unternehmensförderungen sollte man ganz genau durchleuchten. Ich halte es zum Beispiel für fragwürdig, wenn Unternehmen Energiesteuern rückerstattet bekommen, die jede Konsumentin und jeder Konsument selbstverständlich zahlt. Das ist auch ökologisch nicht sinnvoll.

**KOMPETENZ:** Was ist der Beitrag der Gewerkschaften zur Krisenbewältigung?

**Katzian:** Die Krise ist dann bewältigt, wenn die Arbeitslosigkeit nachhaltig zurückgeht. Davon sind wir noch weit entfernt. Von steigenden Aktienkursen und Wirtschaftswachstum haben die Menschen nichts, wenn sie trotzdem ihren Job verlieren oder ihr Einkommen gekürzt wird. Die Realisierung der Kurzarbeit war sicherlich ein

GPA-djp-Vorsitzender  
Wolfgang Katzian

wesentlicher Beitrag, die negativen Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigten möglichst gering zu halten. Das war auch ein kräftiges Lebenszeichen der österreichischen Sozialpartnerschaft.

Auch die guten Lohn- und Gehaltsabschlüsse des Vorjahres und von heuer sind mitverantwortlich dafür, dass die Inlandsnachfrage als wichtige Stütze der Konjunktur nicht eingebrochen ist. Das wird von den Menschen auch honoriert und ich freue mich sehr, dass wir im vergangenen Jahr so viele Neubeitritte hatten wie schon Jahrzehnte nicht. Besonders erfreulich ist, dass wir nicht nur in Branchen wie der Metallindustrie oder dem Handel gute Abschlüsse erzielt haben, sondern auch im Sozial- und Gesundheitsbereich oder der Erwachsenenbildung.

Eines zeigt sich aber immer deutlicher: Nur am Verhandlungstisch sind unsere Forderungen immer schwerer durchzusetzen. Wir werden daher den Weg der Mobilisierung im öffentlichen Raum konsequent fortsetzen. Wir sind bedingungslos für jene da, die völlig unverschuldet zum Handkuss kommen und die Lasten für eine Krise tragen sollen, die sie nicht verursacht haben.

Foto: Nurith Wagner-Strauss



**KOMPETENZ:** Das klingt alles sehr pragmatisch – brauchen wir nicht auch wieder Perspektiven über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus?

**Katzian:** Die konkrete Lösung von akuten Problemen ist notwendig und dafür muss man alle Kraft aufwenden. Eine Krise birgt aber auch immer die Chance, Dinge neu und anders zu handhaben. Das

**Gerechte und solidarische Gesellschaftssysteme sind auf Perspektive auch ökonomisch erfolgreicher.**

ideologische Konzept des Neoliberalismus ist völlig gescheitert und ich bin überzeugt, dass unsere Positionen und Konzepte die richtige Orientierung für die Zukunft darstellen. Gerechtere und solidarische Gesellschaftssysteme sind auf Perspektive auch ökonomisch die erfolgreicheren. Ob diese Chancen auf Veränderung genutzt werden, ist letztendlich auch eine Frage der Kräfteverhältnisse. Nur die Kraft der Argumente und Vernunft wird nicht reichen, wir müssen uns auf heftige Auseinandersetzungen einstellen, aber mit uns wird zu rechnen sein. ■

Das Interview führten Lucia Bauer und Martin Panholzer.



Michael Scharang: „Der Gegner ist in einem elenden Zustand. Der Kapitalismus ist ganz schlecht beisammen.“

Foto: Arpad Hagyo

## „Die Zeit ist ideal“

***Optimismus.** Aus Anlass seines jüngst erschienenen Buches spart Michael Scharang nicht mit Kritik am Bestehenden. Die Krise sei mehr als eine Systemkrise, sondern eine historische Chance auf einen echten Wandel. Die Linke ist jetzt zum Handeln aufgefordert.*

**M**ichael Scharangs neuer Roman „Komödie des Alterns“ liest sich wie eine Parabel: Im steirischen Kapfenberg treffen sich die beiden Helden, als sie jung sind, bei der lebensbedrohlichen Arbeit am Hochofen. Später verbindet sie eine jahrzehntelange Freundschaft, die dann allerdings in ihr Gegenteil umschlägt, sodass

der eine gegen den anderen Hass und groteske Tötungsfantasien hegt. Diese zwei Don-Quichotteartigen Protagonisten sind es, die sich als Senioren in die Haare geraten. Die Geschichte handelt von linken Idealen. Und am Ende nicht von ihrem Scheitern, wie man vermuten könnte, im Gegenteil – nicht in Scharangs Buch.

### **Historischer Schlamassel**

In der Realität auch nicht, meint der Autor. Altmeister Scharang freut sich beim Gespräch in seiner Wohnung am Stadtrand Wiens über den warmen Frühlingstag. Ein sonniges Gemüt beweist der 69-jährige Schriftsteller trotz der Lage, in der sich die Gesellschaft spätestens

seit der Krise befindet. Positiv blickt Scharang sogar trotz der Tatsache in die Zukunft, dass marktradikale Ökonomen in ihren Denkfabriken den historischen Schlamassel, in den der Karren gefahren worden ist, nun damit argumentieren, dass die Wirtschaft bisher eben nicht liberal genug gewesen sei, daher also noch stärker entfesselt gehörte. Scharang wischt jeglichen Pessimismus weg.

### Zusammenbruch des Systems

„Der Gegner“, sagt er, „ist in einem elenden Zustand. Der Kapitalismus ist ganz schlecht beisammen.“ Dessen Probleme würden sich nicht lösen lassen, das sei nun klar. „Der Kapitalismus erleidet keine Krise“, analysiert Scharang, „er ist zusammengebrochen und wurde von vielen Staaten mit unendlich viel öffentlichem Geld gerettet. Das einzige, was am Kapitalismus noch funktioniert, ist die Propaganda

**„Der Kapitalismus erleidet keine Krise, er ist zusammengebrochen und wurde mit unendlich viel öffentlichem Geld gerettet.“**

seiner Medien, dass das kapitalistische das beste aller Wirtschaftssysteme sei. Das Establishment, das in den Industriestaaten herrscht, hat die größte Niederlage seiner Geschichte erlitten.“

Volkvertreter hätten bis jetzt kaum etwas begriffen. „Die Linke, davon überrascht, will noch nicht wahrhaben, dass sie in dieser Situation eine große Chance hat, eine größere Chance als irgendwann nach 1918“, meint Scharang. „Die Linke braucht keine sogenannte Überzeugungsarbeit zu leisten, denn der abgestumpfteste und unpolitischste Mensch merkt, dass es ihm von Tag zu Tag schlechter geht. Die Linke

braucht die Menschen nur zu organisieren und zur Veränderung der Verhältnisse zu ermuntern. Mit Sitzungen, der Lieblingsbeschäftigung der Linken, wird es allerdings nicht getan sein“, so die Einschätzung des streitbaren Literaten.

### Neue Aufklärung

Vielmehr sei die Zeit einer neuen Aufklärung gekommen, urteilt Scharang. „Man braucht keine großen Theorien von der Weltveränderung. Man braucht den Leuten nur zu erzählen, wie es ihnen geht.“ Es reiche, den Menschen mitzuteilen, dass der Weg für sie nicht der zu den Rechten ist, sondern, wenn es ihnen und uns allen besser gehen soll, jener der gesellschaftlichen Veränderung nach links. Scharang: „Dazu ist die Zeit ideal.“

Signale erkennt der Künstler, für den „unpolitisch“ ein Schimpfwort ist, zum Beispiel in der Entstehung von NGOs wie „Attac“ und in der Unzufriedenheit der „Audi-maxisten“. „Ein klares Zeichen sind die Aktivität der StudentInnen

und – etwas in Österreich Neues – die Solidarität zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen.“ Nach der langen Lethargie der Kapitalismuskritiker erwartet sich Scharang nicht, dass die Aktionen sogleich zu einem triumphalen Siegeszug führen würden.

### Absprungkante

Dass nach all den Jahren, in denen in Österreich die Arbeit nie niedergelegt worden ist, wieder Streiks und Streikdrohungen artikuliert wurden, begreift der Schriftsteller als Symbol dafür, dass wir unübersehbar an einer Absprungkante angelangt sind.

## Michael Scharang

Michael Scharang, geboren 1941 in Kapfenberg als Sohn einer Arbeiterfamilie, schreibt Romane und Essays. Er war Mitglied der Grazer Künstlervereinigung „Forum Stadtpark“ und Gründungsmitglied der Grazer Autorenversammlung. Michael Scharang lebt und arbeitet in Wien und in New York.

„Komödie des Alterns“ ist nach zwölf Jahren sein erster Roman. Er erzählt die Geschichte einer jahrzehntelangen Männerfreundschaft, die an einer vermuteten Intrige zu zerbrechen droht. Beide Männer ringen mit den Verheerungen des Alterns – und jenen des Kapitalismus.



Ob die Linke diese Konstellation nützen kann? – Die Frage sei vielmehr, ob sie die Gelegenheit nützen will, erwidert Gesellschaftskritiker Scharang: „Was immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisieren und welche Probleme sie auch haben – dazu muss man die Studierenden einladen, um mitzudiskutieren.“

### Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaft sei es schließlich, die über die organisatorischen Mittel verfüge. „Wir Künstler sitzen mehr oder weniger isoliert herum, und wären froh, zu einem gewerkschaftlichen Gespräch eingeladen zu werden.“ Scharang will Veränderung. Sein kommendes Werk, so viel verrät er, handelt von Betriebsrätinnen. ■

Arpad Hagyo

# „Presserat neu“ steht

**Einigung.** Ein Kompromiss zwischen Gewerkschaft und Zeitungsherausgebern ermöglicht eine sozialpartnerschaftliche Selbstkontrolle der Medien.

**A**m 26. März fand die Gründungs-Generalversammlung jenes Trägervereins statt, der die organisatorische Plattform für den Österreichischen Presserat bildet. Damit ist eine rund neunjährige Periode zu Ende, in der Österreich über keine journalistische Selbstkontrolle verfügte.

## Struktur des Presserats

Der neue Presserat wird zweistufig organisiert sein: Ein Trägerverein wird die organisatorische Basis bilden. Hier sind die Sozialpartner und andere Trägerverbände vertreten: Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp, der Verband österreichischer Zeitungen (VÖZ), der Zeitschriftenverband und der Presseclub Concordia. Mit dem VRM (Regionalmedien/Gratiszeitungen) wird über einen Beitritt verhandelt, die Chancen auf eine Verbreiterung der Basis stehen gut. Als Präsident wurde „trend“- und „profil“-Redakteur Franz C. Bauer von der Journalistengewerkschaft gewählt, Vizepräsident ist „Kurier“-Geschäftsführer Thomas Kralinger (VÖZ).

Die nächsten Schritte sind nun die Einrichtung einer Ombudsstelle als erste Anlaufadresse für BeschwerdeführerInnen und die Beschickung von zwei Senaten, in denen jeweils sechs JournalistInnen unter juristischer Leitung über Beschwerden entscheiden werden.

## Jahrelange Verhandlungen

Der Einigung sind jahrelange mühsame Verhandlungen vorangegangen. Der „alte“ Presserat wurde durch den Austritt des VÖZ praktisch lahmgelegt. Diesem Austritt war ein Prozess vorangegangen, den die Kronenzeitung angestrengt hatte. Die „Krone“ bedrohte einzelne Presserats-Mitglieder mit Millionenklagen, verlor den Prozess allerdings. Wenig später kam es zum VÖZ-Austritt. Jahrelang sträubten sich die Verleger gegen eine (international übliche und weit verbreitete) sozialpartnerschaftliche Lösung.

Die gewerkschaftlichen Vertreter der JournalistInnen argumentierten dagegen, der Presserat sei ein wichtiges Instrument der Selbstkontrolle in der Medienbranche und diese sei eben nicht Sache einzelner Verleger, sondern müsse auf eine demokratisch legitimierte, breite Basis gestellt werden. Außerdem sei der Ehrenkodex, dessen Einhaltung der Presserat überwacht, Teil von Kollektivverträgen und einzelnen Dienstverträgen. Damit müssten die VertreterInnen der Journalisten in dessen Einhaltung und Weiterentwicklung eingebunden sein.

## Gewerkschaftliche Bedenken

Diese Argumentation akzeptierten die Unternehmervertreter schließ-

lich, forderten allerdings ihrerseits eine juristische Leitung der Presserats-Sitzungen und den Verzicht von Beschwerdeführern auf dem Rechtsweg. Gegen beides bestehen zwar nach wie vor Bedenken der Gewerkschaft, sie hat aber schließlich in Hinblick auf die Bedeutung der Selbstkontrolle und die Tatsache, dass eine solche in praktisch allen entwickelten Demokratien besteht, die Gründung des Presserates unterstützt. ■

red.



Foto: Patrizier-Design, Fotolia.com



## Beschäftigte lehnen **Kürzungen** ab

**Metallindustrie.** Faire Lösung bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit gefordert.

In der Metallindustrie herrscht dicke Luft: Nach einer schwierigen KV-Runde im Herbst wurde nun im Frühjahr über eine Flexibilisierung der Arbeitszeit verhandelt. Die Gespräche scheiterten. „Die Arbeitgeber wollen Zeit- und Überstundenzuschläge streichen, also nur Einsparungen, die ihnen nützen“, erklärt Karl Proyer, der für die GPA-djp gemeinsam mit Rainer Wimmer (Pro-GE) die Verhandlungen führt. „Aus unserer Sicht darf eine flexiblere Arbeitszeit natürlich keine Nachteile für die Beschäftigten bringen – für Lohn- und Gehalts-

kürzungen stehen wir sicher nicht zur Verfügung“, betont Proyer.

Nachdem die Gespräche über die Flexibilisierung ohne Ergebnis blieben, forderten mehr als 700 BetriebsrätInnen der Metallindustrie in einer großen Konferenz im April eine Fortführung der Verhandlungen: „Bei einer Neugestaltung der Arbeitszeit müssen die Vor- und Nachteile einer neuen Regelung fair auf alle verteilt werden“, fordert auch voestalpine-Betriebsratsvorsitzender Walter Hofstadler.

### Private Bildungseinrichtungen (BABE-KV): Plus 1,6 Prozent

„Mit diesem Abschluss haben wir eine faire Honorierung der Arbeitsleistung der TrainerInnen erreicht. Wir konnten die Arbeitgeber davon überzeugen, dass hier Nachholbedarf besteht“, zeigt sich GPA-djp-Verhandlungsführer Maximilian Jäger zufrieden. Die Kollektivvertragsgehälter für die etwa 8.000 Beschäftigten der privaten Bildungseinrichtungen und die Lehrlingsentschädigungen und Zulagen steigen um 1,6 %, die IST-Gehälter um 1,4 %. Für angestellte TrainerInnen wurde in das kollektivvertragliche Gehaltsschema eine neue höherwertige Verwendungsgruppe eingebaut. Damit steigen die Gehälter dieser TrainerInnen um bis zu 4,4 %. Mehr Infos: [www.gpa-djp.at/kv](http://www.gpa-djp.at/kv)

### Kollektivvertrag Versicherungen

Die Verhandlungen für den Kollektivvertrag der Beschäftigten in den Versicherungen waren dieses Jahr schwierig und erst in der dritten Verhandlungsrunde konnte ein Abschluss für den Innendienst und den Außendienst erzielt werden.

Als Basis galt wie immer die Inflationsrate des Vorjahres (2009: 0,5 Prozent) und die Gehälter werden rückwirkend ab 1. März um 0,9 Prozent, zuzüglich 12 Euro, angehoben. Das ergibt im Durchschnitt 1,46 Prozent.

Im Außendienst werden die Gehälter im KVA um 1,46 Prozent linear angehoben. Alle kollektivvertraglichen Zulagen werden um 1,32 Prozent erhöht, die Lehrlingsentschädigungen um 1,65 Prozent.

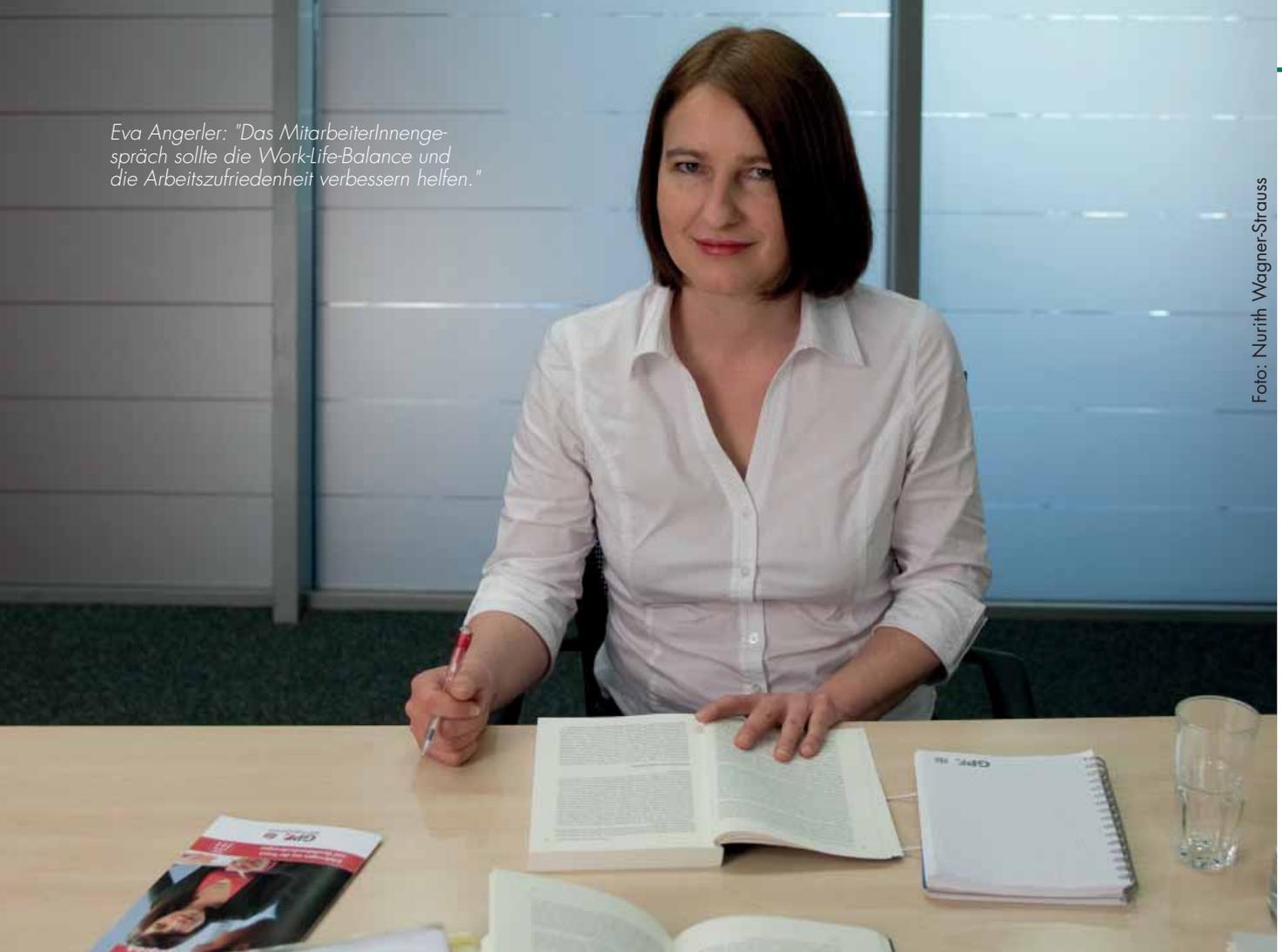
„Wir sind mit diesem Ergebnis durchaus zufrieden“, sagt Verhandlungsführer Franz Urban. „Trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten erhalten die Beschäftigten ihren fairen Anteil am Gewinn.“

Weiters wurde auch eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema „Tätigkeit im Außendienst“ beschlossen.

Mitglieder finden den Kollektivvertrag zum Download auf [www.gpa-djp.at/kv](http://www.gpa-djp.at/kv)

Eva Angerler: "Das MitarbeiterInnengespräch sollte die Work-Life-Balance und die Arbeitszufriedenheit verbessern helfen."

Foto: Nuriith Wagner-Strauss



## Kein Small Talk

*Gesprächskultur.* In vielen Betrieben ist das MitarbeiterInnengespräch ein anerkanntes Instrument des Feedbacks zwischen Führungskraft und ArbeitnehmerIn. Der Betriebsrat spielt dabei eine wichtige Rolle.

Im Idealfall“ sagt Eva Angerler, „geht es um die berufliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und um ein konstruktives, offenes Feedback zwischen Führungskraft und ArbeitnehmerIn. Dann ist das MitarbeiterInnengespräch eine gute Sache“, erklärt die Expertin für Arbeit und Technik in der GPA-djp. Das Ziel des beiderseitigen Austausches sollte eine verbesserte Zusammenarbeit sein – doch

das setzt einen partnerschaftlichen Führungsstil voraus. In der Praxis laufen die Gespräche dann, abhängig von der Unternehmenskultur, sehr unterschiedlich ab. Oft wird das meist einmal pro Jahr stattfindende Vier-Augen-Gespräch zwischen Chefin und MitarbeiterIn dazu benutzt, um Leistungsziele vorzugeben bzw. zu überprüfen und damit verknüpfte Prämien auszuhandeln. Das hält Angerler nicht für zielführend, denn:

„Wenn es um monetäre Fragen geht, möchte sich jede/r im besten Licht präsentieren. Heikle Fragen wie fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten, Probleme mit KollegInnen oder Schwächen im Unternehmen werden von den MitarbeiterInnen da lieber gar nicht erst angesprochen“. „Im Extremfall wird der Termin zu einem Disziplinierungsgespräch umfunktioniert“, kennt Angerler auch negative Beispiele.

## Klare Spielregeln sind wichtig

Klare Spielregeln sowie mit dem Betriebsrat vereinbarte Rahmenbedingungen des Gespräches, inklusive eines Prozederes für den Konfliktfall, hält Angerler daher für ganz zentral: „Gerade im Konfliktfall – etwa bei einer strittigen Beurteilung – ist für die ArbeitnehmerIn ein hoher Regelungsgrad, am besten in einer Betriebsvereinbarung, wichtig. So ist sichergestellt, dass zu den Schlichtungsgesprächen eine BetriebsrätIn beigezogen werden kann und leichter eine gemeinsame Lösung gefunden wird.“

## Betriebsrat spielt wichtige Rolle

Im Pharmaunternehmen „Novartis“ ist das MitarbeiterInnengespräch ein mittlerweile gut strukturiertes und etabliertes Instrument des gegenseitigen Austausches geworden. Es hilft den MitarbeiterInnen bei der persönlichen Laufbahnplanung im Unternehmen. „Das ist uns gelungen, weil der Betriebsrat sich sehr für einen institutionalisierten Ablauf eingesetzt hat“, berichtet Ingrid Stipanovsky, seit 28 Jahren Betriebsratsvorsitzende im Konzern.

Das gesamte Prozedere des MitarbeiterInnengespräches ist in einer eigenen Betriebsvereinbarung verankert. „Das ist gut so, denn dadurch gibt es klare Prozessvorgaben im Falle eines Konfliktes, bei dem der Betriebsrat immer beigezogen werden kann und dem/der MitarbeiterIn beratend und schlichtend zur Seite steht“, betont Stipanovsky die Wichtigkeit und auch die motivierende Funktion einer starken Beteiligung des Betriebsrates beim MitarbeiterInnengespräch.

„Unser Betriebsrat berät die MitarbeiterInnen auf Wunsch schon vor dem Gespräch und kann so viele nützliche Tipps geben“, erklärt Stipa-

novsky, warum in ihrem Unternehmen mit dem MitarbeiterInnengespräch gute Erfolge erzielt werden.

## Der Arbeitsdruck steigt

Eine von der GPA-djp 2009 durchgeführte Online-Umfrage unter 1.500 MitarbeiterInnen und BetriebsrätInnen zeigt: Rund 80 Prozent der befragten BetriebsrätInnen finden, dass der Arbeitsdruck durch die im MitarbeiterInnengespräch festgelegten Zielvereinbarungen noch weiter steigt.

Das hält Eva Angerler für ein deutliches Alarmzeichen, denn „das MitarbeiterInnengespräch sollte ja im Gegenteil dazu dienen, den Leistungsdruck abzubauen und die MitarbeiterInnen dabei zu unterstützen, ihre Work-Life-Balance und ihre Arbeitszufriedenheit zu verbessern.“

## Jeder ist gefordert

Dieselbe Umfrage zeigt erfreulicherweise auch, dass in den meisten Unternehmen regelmäßig MitarbeiterInnengespräche durchgeführt werden und dass mehr als zwei Drittel der Befragten dies als sehr oder teilweise nützlich beurteilen. Rund 85 Prozent der Befragten meinen sogar, in den Gesprächen stark oder teilweise die eigene Sichtweise einbringen zu können.

Auch hier gilt wie so oft im Leben: Jeder/jede einzelne MitarbeiterIn ist gefordert, sich über seine/ihre Rechte zu informieren und sich mit anderen KollegInnen auszutauschen, um Verbesserungen beim MitarbeiterInnengespräch durchzusetzen. Denn rund 80 Prozent der BetriebsrätInnen stellen nach den MitarbeiterInnengesprächen eine verbesserte Kooperation im Unternehmen fest. ■

Andrea Rogy

## GUTE ARBEIT



Arbeitsituation +  
Beschäftigungssituation =  
GUTE ARBEIT

Arbeit um jeden Preis? Die schlechte Arbeitsmarktsituation und die Notwendigkeit, um Arbeitsplätze zu kämpfen, werden oft als Rechtfertigung benutzt, um Qualitätsstandards bei den Arbeitsbedingungen auszuhöhlen bzw. eine Weiterentwicklung zu verhindern.

In der Reihe GUTE ARBEIT berücksichtigen wir jene Bereiche, die Arbeitsprozesse wesentlich bestimmen: Beschäftigung und Einkommen, Arbeitsorganisation, Mitbestimmung im Betrieb, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Aus- und Weiterbildung, Vielfalt und Chancengleichheit. Die Grundlage dafür sind die von der GPA-djp ausverhandelten Kollektivverträge.

Die Broschüre bestellen:  
Tel. 05 03 01-301

Mehr Informationen auf  
[www.gpa-djp.at/gutearbeit](http://www.gpa-djp.at/gutearbeit)



„Mobile-Tagging“  
Mit diesem Code  
kommen Sie direkt zu  
den Online-Infos über  
Gute Arbeit.

Sie brauchen ein Mobiltelefon mit Kamera und Internetzugang. Den Code-Leser finden Sie als App gratis z. B. hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)



# Betriebsrat 2.0

*Netzwerken. 2008 startete die GPA-djp das Projekt „BR:next“, eine Plattform, wo BetriebsrätInnen unter 30 miteinander in Kontakt treten, sich vernetzen und Ideen austauschen können.*

**E**infache Mittel, großer Erfolg. Alle wichtigen Infos finden die jungen BetriebsrätInnen des Netzwerks BR:next auf einer Webseite ([www.br-next.at](http://www.br-next.at)) und einem USB-Stick. BR:next läuft derzeit in Wien, Ober- und Niederösterreich sowie in der Steiermark – mit enormem Wachstumspotenzial.

Die oberösterreichische BR:next-Netzwerkerin Elke Steinbichler berichtet über ihre Erfahrungen.

**KOMPETENZ:** Seit wann machen Sie bei BR:next mit und warum ist das für Sie interessant?

**Steinbichler:** Unser Betriebsratsvorsitzender gab mir einen BR:next-Flyer, der machte mich neugierig. Mir gefällt der Ansatz, dass sich junge BetriebsrätInnen branchen-

übergreifend und überregional vernetzen und austauschen können – und das auch im Online-Forum. Das ist in meiner Gewerkschaftsarbeit etwas Neues. Als junge Betriebsrätin komme ich sonst ja eher selten zu Wort.

**KOMPETENZ:** Sollte es in den Gewerkschaften mehr solche zielgruppenspezifische Netzwerke geben?

**Steinbichler:** Ja, der Ansatz ist toll! Menschen mit denselben Themen, Problemen und Interessen tauschen sich doch gerne aus. Und ein ArbeitnehmerInnen-Gegengewicht zu Unternehmer-Netzwerken halte ich für dringend notwendig.

**KOMPETENZ:** BR:next lebt auch vom persönlichen Kontakt. Im Dezember 2009 konnten sich erstmals

alle TeilnehmerInnen treffen. Wie war das für Sie?

**Steinbichler:** Ich habe mich gefreut, endlich die Menschen hinter den Namen im Forum kennenzulernen, das ist für mich enorm wichtig. Die Veranstaltung war ein gelungener Mix aus Information, Aktivität und gemütlichem Kennenlernen.

**KOMPETENZ:** Thema bei diesem Treffen war die Verteilungs-

gerechtigkeit – das betrifft Sie bestimmt auch persönlich. Als Frau, als Studentin, als Beschäftigte im Handel. Wo betrifft es Sie persönlich am meisten?

**Steinbichler:** Mit Sicherheit als Handelsangestellte. Die Gehalts- und Arbeitsbedingungen sind im Handel einfach schwierig. Der Druck auf die VerkäuferInnen wächst ständig. Es geht aber auch um die gerechte Verteilung von Chancen im Leben – um die gleiche Chance auf Bildung für alle, unabhängig vom sozialen Background. Darum ging und geht es ja auch bei den StudentInnenprotesten, die übrigens auch im Hinblick auf das Netzwerken bahnbrechend und innovativ waren.

**KOMPETENZ:** Was wünschen Sie sich für die Zukunft von BR:next?

**Steinbichler:** Die Treffen sollten regelmäßig in kurzen Intervallen stattfinden. Das Web 2.0 ist toll zum Kennenlernen, aber persönlicher Kontakt ist wichtig, um das Netzwerk lebendig zu halten. Ich hoffe, dass sich noch viele junge BetriebsrätInnen anschließen werden! ■

*Das Interview führte  
Petra Deutschbauer*



*Junge BetriebsrätInnen und GPA-djp-SekretärInnen bei einem bundesweiten BR:next-Vernetzungstreffen im Dezember 2009.*

## Infos

Alle Informationen zum Netzwerk BR:next für junge BetriebsrätInnen finden Sie auf [www.br-next.at](http://www.br-next.at)

# Rechtsschutz: 168 Millionen Euro erkämpft

Foto: Nurih Wagner-Strauss



V. l. n. r.: Andrea Komar, Leiterin der GPA-djp-Rechtsabteilung, und Helga Hons, stv. Leiterin

**Rekordjahr.** Die steigende Zahl an Rechtsfällen sind kein Grund zum Jubeln, doch es wird klar: Die GPA-djp-Mitgliedschaft lohnt mehr denn je. Wer gut vertreten wird, gewinnt.

Die Rechtsbilanz der GPA-djp zeigt deutlich: Immer häufiger sind Mitglieder auf den Rechtsschutz angewiesen. Allein 2009 übernahm die GPA-djp 1.273 Rechtsfälle ihrer Mitglieder. So konnten gesamt 168,5 Millionen Euro erkämpft werden.

Die Zeiten sind hart. „Häufig handelt es sich um nicht ausbezahlte Überstunden oder Mehrarbeitszuschläge für Teilzeitkräfte. Aber auch mit kurzfristig angeordneten Veränderungen der Arbeitszeit und mit falschen Kollektivvertragseinstufungen haben die Mitglieder zu kämpfen“, berichtet Andrea Komar, Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp.

## Klagen

Es muss zu keiner Klage kommen. RegionalsekretärInnen suchen erst das Gespräch mit der Geschäftsführung. „Gibt es keine Einigung, wird die Forderung schriftlich geltend gemacht. Wird sie innerhalb der gesetzten Frist nicht erfüllt, wird schließlich geklagt“, erklärt Komars Kollegin Helga Hons. Ferner vertritt

die GPA-djp vor Gericht auch viele Kündigungsanfechtungen und auch Verfahren zur Erlangung der Berufsunfähigkeitspension oder des Pflegegeldes. „Die Verfahren werden durch Urteile, gerichtliche Vergleiche, aber auch durch außergerichtliche Vergleiche entschieden“, erläutert Hons.

## Sozialpläne

Daneben müssen immer mehr Sozialpläne verhandelt und Kurzarbeitsvereinbarungen abgeschlossen werden. „Insgesamt ist in den vergangenen Jahren auch eine gewisse Verrohung beim Rechtsbewusstsein vieler Unternehmer zu beobachten“, weiß Günther Trausnitz, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Umso mehr ist es für jeden einzelnen Beschäftigten gerade in diesen schwierigen Zeiten wichtig, eine effektive und erfolgreiche Rechtsvertretung in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten hinter sich zu wissen.“ Die GPA-djp bleibt immer konsequent. So auch beim Fall des Wiener Forschungsbüros „Novartis Institutes

for Biomedical Research“ (NIBR). Per Videobotschaft erfuhren die MitarbeiterInnen von der Schließung. Die folgenden Verhandlungen waren so hart, dass die Wirtschaftskommission von der GPA-djp eingebunden wurde. Vor der „NIBR“-Causa war das nur fünfmal in der 2. Republik notwendig gewesen.

## Rekordwerte

Auch bei der Siemens Tochter SIS ist die GPA-djp hartnäckig. Mit ihrer Hilfe wurde jüngst eine ExpertInnengruppe eingerichtet, die möglichst viele Arbeitsplätze retten will. Andrea Komar sieht den Einsatz der GPA-djp für die Mitglieder bestätigt: „Der eindrucksvolle Rekordwert von 2009 ist natürlich kein Grund zum Jubeln, zeigt er doch, dass in der Arbeitswelt derzeit vieles nicht in Ordnung ist. Er ist aber ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass gerade jetzt eine Gewerkschaftsmitgliedschaft sehr unmittelbar und konkret jedem Einzelnen Nutzen bringt!“

Christian Resei

# Krise trifft soziale Arbeit

*Dienstleistung. Menschen, die wegen Krankheit, Behinderung oder Alter ihre Rechte nicht wahrnehmen können, werden vom Verein VertretungsNetz betreut. Doch es fehlen die Mittel für diese wertvolle Arbeit.*

**W**ir verbessern durch unsere Arbeit die Lebensqualität von Menschen, die nicht selbst für ihre Rechte eintreten können und deren Menschenwürde gewahrt werden muss“, so erklärt BR-Vorsitzender Günther Haberl die Aufgabe des Vereins VertretungsNetz. VertretungsNetz unterstützt seit Anfang der 80er-Jahre Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung. Damit leistet der Verein wertvolle soziale Arbeit für jene, die wegen Krankheit, Behinderung oder hohem Alter ihre Rechte und Interessen nicht mehr selbst wahrnehmen können.

VertretungsNetz ist gemeinnützig, nicht gewinnorientiert und bietet Rechtsfürsorge und Rechtsschutz. Im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz unterstützen die SachwalterInnen, Patientenanwält-

Innen und BewohnervertreterInnen die zum Teil schwer erkrankten KlientInnen bei der Absicherung ihrer Lebensgrundlagen – Einkommen, Wohnung, Betreuung, Behandlung, Pflege etc. – und der Durchsetzung und dem Schutz ihrer Rechte.

## Steigender Arbeitsdruck

„Die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen hat in allen drei Arbeitsbereichen in den letzten Jahren stark zugenommen, ohne dass ausreichend zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten“, klagt Haberl. „Dadurch sind unsere KollegInnen zunehmend überlastet und einem erheblichen Burn-out-Risiko ausgesetzt. Etliche MitarbeiterInnen sind bereits erkrankt.“ Durch diese Entwicklung wird die Qualität der sozialen Dienstleistungen außerdem in Gefahr gebracht.

## Fehlende Subventionen

Ursprünglich wurden Pläne für einen deutlichen Personalausbau in allen drei Fachbereichen mit dem Subventionsgeber BMJ bereits 2007 verhandelt und eine schrittweise Umsetzung vereinbart. „Mit der Finanzkrise im Herbst 2008 waren dann diese Pläne nicht nur hinfällig, sondern sogar der bestehende Personalstand war bedroht“, kritisiert Haberl. „Mit Hilfe der GPA-djp konnten wir 2009 das Schlimmste abwenden.“ Nun, Anfang 2010, steht das VertretungsNetz erneut vor der Ungewissheit, ob die Subventionen ausreichen werden, während gleichzeitig der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten weiter ansteigt.

## Budgetmittel gefordert

Der Betriebsrat von VertretungsNetz fordert daher gemeinsam mit der GPA-djp von der Bundesregierung die Bereitstellung ausreichender Mittel für den Ausbau des gesamten Sozial- und Gesundheitsbereichs im Rahmen der dringend notwendigen Sozialmilliarde. „Wir können die derzeitige Entwicklung auf keinen Fall weiter so hinnehmen. Es müssen unbedingt auch dem Justizressort ausreichende Budgetmittel für den Ausbau der Vereinsachwalterschaft, Patientenanwaltschaft und Bewohnervertretung zur Verfügung gestellt werden“, fordert die Wiener GPA-djp-Regionalgeschäftsführerin Barbara Teiber. ■

*V. l. n. r.: Regionalgeschäftsführerin Barbara Teiber; BR-Vorsitzender Günther Haberl (VertretungsNetz), betreuende Regionalsekretärin Birgit Ivancsics*



Foto: Lisa Lux

Barbara Lavaud



Foto: Franz Pfluegl | Fotolia.com

## Der neue Dienstwagen

**Checkliste.** Eine neue Broschüre für alle, die beruflich mit einem Dienstwagen unterwegs sind.

Immer mehr Firmen und Organisationen stellen ihren ArbeitnehmerInnen für Dienstreisen und regelmäßigen Außen- oder Mobildienst Dienstfahrzeuge zur Verfügung. Bei hohen Kilometerleistungen ist das für die Arbeitgeber wirtschaftlicher und besser planbar. Für die ArbeitnehmerInnen ergeben sich viele Detailfragen, wenn ein Dienstfahrzeug angeboten wird. Diese Fragen sollten geklärt sein, bevor Sie eine Unterschrift unter einen Vertrag setzen, der Ihre Rechte und Pflichten mit dem Dienstwagen regelt.

Dazu hat die Interessengemeinschaft für Außen- und Mobildienst work@external eine Checkliste entwickelt. Dort finden Sie alles aufgelistet, was Sie wissen bzw. fragen sollten, wenn Sie einen Dienstwa-

gen angeboten bekommen. Diese Checkliste beruht auf den Erfahrungen aus fast 400 Betrieben, die Dienstfahrzeuge einsetzen. In zahlreichen Betrieben gibt es verbindliche, in vielen Fällen auch mit dem Betriebsrat vereinbarte Dienstwagen-Richtlinien. Die vorliegende Checkliste versteht sich als Anleitung für Ihr persönliches Gespräch vor Übernahme eines Dienstwagens ebenso wie als Anregung für Betriebsräte zur Verbesserung betrieblicher Regelungen.

Eintragen und Bestellen auf:

[www.gpa-djp.at/external](http://www.gpa-djp.at/external)



## Flexible Arbeitsverträge



**Ratgeber „Werkverträge & freie Dienstverhältnisse – Rechtliche Grundlagen flexibler Arbeitsverträge“**

Eva Scherz. LexisNexis. € 19,90

Gerade in den letzten beiden Jahren gab es viele rechtliche Veränderungen für freie Dienst- und Werkvertragsnehmer. So sind die sozialversicherungsrechtlichen Unterschiede zwischen ArbeitnehmerInnen und freien DienstnehmerInnen durch Angleichungen minimal geworden. Die Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung von freien DienstnehmerInnen und sogar Selbstständigen (WerkvertragsnehmerInnen und GewerbescheinnehmerInnen) stellt einen Meilenstein in der sozialen Absicherung dar.

Das Thema „atypische“ Beschäftigung wirft viele Fragen auf, die in dem Buch ausführlich beantwortet werden. Wie funktioniert die soziale Absicherung im Krankheitsfall? Wer ist für die Anmeldung zur Sozialversicherung zuständig? Wie und wann muss das Einkommen versteuert werden? Gibt es Kündigungsfristen für „atypisch“ Beschäftigte?

Eva Scherz ist Expertin für „atypisch“ Beschäftigte in der GPA-djp. Sie verhandelt Kollektivverträge im Industrie- und privaten Gesundheits- und Sozialbereich und kann auf eine langjährige berufliche Praxis zurückblicken.

## Kostenlose Rechtsberatung in tschechischer und slowakischer Sprache

Der ÖGB bietet im Rahmen der überregionalen geförderten EU-Projekte ZUWINS und ZUWINBAT allen tschechischen und slowakischen ArbeitnehmerInnen, die in den Regionen Wien und Niederösterreich tätig sind, kostenlose Rechtsberatung in tschechischer bzw. slowakischer Sprache (ohne Rechtsvertretung).

Die BeraterInnen geben Auskunft bei Rechtsproblemen, besonders in Bezug auf das österreichische Arbeits- und Sozialrecht sowie Hilfestellung bei Behördeninterventionen. Die genauen Beratungszeiten finden sie auf [www.zuwins.at](http://www.zuwins.at) (tschechisch) und [www.zuwinbat.at](http://www.zuwinbat.at) (slowakisch).



Foto: Patrizia Tilly, Fotolia.com

# Urlaub mit der CARD

*In- und Ausland. Erholsame und erlebnisreiche Urlaubstage zum Vorteilspreis mit Ihrer GPA-djp-CARD.*



## Flip-floppe Wellnessstage im Life-Resort Loipersdorf

- 2 Nächtigungen inkl. Frühstücksbuffet, Afternoon-Tea-time und Abendbuffet
- Garagenplatz
- 1x Flip-Flops für Damen
- 1x Weinbad (20 Min.)
- Wohlfühlkorb mit Bademantel, Badetuch für Aufenthalt
- Aktiv- und Lifeprogramm
- Entspannung in der eigenen Bade- und Saunawelt

Preis ab € 137,- pro Pers.  
 Aufpreis für Thermensuite:  
 € 14,- pro Pers./Tag  
 Wochenende bzw. Feiertag:  
 € 8,- pro Pers./Tag

Gültig bis 27.12.2010  
 auf Anfrage und Verfügbarkeit  
 Buchungskennwort: FLIP  
 FLOPPES SPEZIALANGEBOT  
 Info/Buch.: Tel. 03329/482 40,  
 liferesort@austria-trend.at



## Sternfahrt Emirate

8-tägige Sternfahrt ab Wien  
 inkl. Stadtrundfahrt Dubai City,  
 Entdeckungsreise in die Emirate-  
 Hauptstadt Abu Dhabi bis hin zur  
 Wüstensafari u. v. m.

Termine: Okt. 2010 – April 2011  
 Abflugtermine auf Anfrage  
 Inkludierte Leistungen:

- Flüge mit Emirates in Y-Klasse
- 7 x NF im Hotel Golden Sands
- 7 x Abendessen
- Ausflüge und Eintritte lt. Reiseprogramm
- deutschsprachige Reiseführer
- Flughafengebühren

Preis pro Person: ab € 1290,-

Mit der GPA-djp-CARD:  
 Frühbucherbonus von € 60,-  
 bei Buchung bis 15.6.2010  
 Infos und Buchungen:  
 INTERTRAVEL, Passauer Platz 5,  
 1010 Wien, Tel: 01/533 06 60



## GPA-djp-Gesundheitsvorsorge-100er

Unter dem Kennwort „GPA-djp  
 Gesundheitsvorsorge-100er“  
 und Vorlage der CARD erhalten  
 Sie bis 23.12.2010 einmalig  
 100,- € Preisnachlass im Ring-  
 Bio-Hotel Wilfinger in Hartberg.

Gültig ab 3 Übernachtungen,  
 inkl. Bio-Vollwert-VP bei Normal-  
 preisaufenthalt oder Kurzpauschalen  
 inkl. Behandlungen (z. B. Glücks-  
 gefühle und Glücksträume).

Keine Kombination mit anderen  
 Aktionen.

Infos und Buchungen:  
 RING BIO HOTEL Wilfinger  
 Schildbach 51, 8230 Hartberg  
 Tel: 03332/608-0  
 hartberger@wilfinger-hotels.at  
 www.wilfinger-hotels.at



### **CORDIAL Card – Da steckt Urlaub drin!**

Die CORDIAL Card ab € 160,- für 2 Nächte inkl. Frühstück für 2 Personen.

Wählen Sie aus sechs \*\*\*\*Hotels an Top-Urlaubsstandorten wie Wien, Kitzbühel oder in der Toskana. Keine Einschränkungen der Buchungszeiten.

Gutscheinkarte mindestens 3 Jahre gültig. Exklusive Verlängerungsmöglichkeiten ab €19,- pro Person/Nacht

Detail-Infos finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card)

Information und Bestellung  
CORDIAL HotelbetriebsGmbH  
Hafferlstraße 7, 4020 Linz  
[anita.kreuzer@cordial.at](mailto:anita.kreuzer@cordial.at)  
Telefon: 0676/845 660 336



### **Wandervergnügen im Mühlviertel**

Ideale Wandermöglichkeiten und interessante Ausflugsziele. Das Gästehaus Lang in Pfarrkirchen, in Südlage mit einmaligem Ausblick über das Donautal bis zur Nordalpenkette, der Panorama-Golfplatz GC Pfarrkirchen nur 2 Min. von der Pension entfernt.

Für GPA-djp-Mitglieder:

- 5 % Ermäßigung auf die Zimmerpreise, ab 7 Nächten 10 %
- 5 % Ermäßigung auf die Ferienwohnung
- Zimmer mit Frühstücksbuffet ab € 23,-/Tag u. Pers.
- Ferienwohnung ab € 37,-/Tag

Infos: Gästehaus Lang  
4141 Pfarrkirchen/ Mühlviertel 56  
Tel. 07285/64 70  
[www.oberoesterreich.at/pension.lang](http://www.oberoesterreich.at/pension.lang)



### **Sporting Kids Ferienwochen**

Die Sporting-Kids-Ferienwochen in Ottakring, Brigittenau, Kaisermühlen und Liesing mit Tagesbetreuung von 7.45 bis 17.00 Uhr geben Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren die Möglichkeit, ihren Bewegungsdrang auszuleben und die lange Ferienzeit auch in Wien sportlich zu erleben.

Dieses Jahr wird erstmals auch eine Jugendsportwoche für 10- bis 15-Jährige angeboten.

Für GPA-djp-Mitglieder € 130,- statt 140,- pro Woche und Kind. Das Mittagmenü ist inkludiert, ebenso alle Eintritte.

Weitere Infos und Anmeldung:  
[www.wat.at](http://www.wat.at)  
Telefon 01/804 85 32



### **Nähere Infos**

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card). Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Foto: mattilda, Fotolia.com



# Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel)

**Einsendeschluss: 24.5.2010.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Schallaburg

1. Mai bis 1. November 2010

**Die 60er.**  
**Beatles, Pille und Revolte**  
Schloss Schallaburg

Minirock und Mondlandung haben die 60er genauso geprägt wie das Kennedy-Attentat oder die sexuelle Revolution. Mit der Ausstellung wird diese Epoche mit all ihren Fortschritten, Verrücktheiten und Ereignissen wieder lebendig. Infos: [www.schallaburg.at](http://www.schallaburg.at)  
**10 % CARD-Ermäßigung**



Foto: Verein Tanztraum

8. Mai bis  
8. August 2010

**Viertelfestival NÖ**  
Versch. Veranstaltungsorte

Eine überdimensionierte „Strickliesel“, das 1. Langenloiser Pflanz-Spektakel oder eine „Begrüßungsmaschine“ an der tschechischen Grenze, das sind nur drei der insgesamt 76 Kulturprojekte im Waldviertel, die Sie vorwiegend bei freiem Eintritt erwarten. Infos: [www.viertelfestival.at](http://www.viertelfestival.at)



Foto: Komödie am Kai

22. Mai bis 4. September 2010

**Es war die Lerche**  
Komödie am Kai, 1010 Wien

Romeo & Julia – das bekannteste Liebespaar aller Zeiten! Doch was wäre geschehen, wenn Julia rechtzeitig erwacht und die beiden als Ehepaar in Verona gemeinsam alt geworden wären? Dieser reizvollen Hypothese widmet sich Kishon in seiner Satire.

Infos: [www.komoedeamkai.at](http://www.komoedeamkai.at)



Ab Mai 2010

**Heli Deinboek Band**  
**Coole Ader Tour**  
Verschiedene Veranstaltungsorte

Der Meister satirischen Liedguts ist wieder da und geht ab Mai samt Band auf Tour, mit im Gepäck seine brandneue CD „Coole Ader“. Fünfzehn neue HELI DEINBOEK Songs in einer kräftig groovenden Rhythm 'n' Blues-Produktion. Infos und Tourdaten: [www.helideinboek.at](http://www.helideinboek.at)



Foto: Martin Johann Krennbauer

27. Mai bis 2. Juni 2010

**Afrikanische Märchen**  
Dschungel Wien  
Theaterhaus für junges Publikum

Elf Menschen erinnern sich an ihre Heimat Afrika und an Geschichten, Spiele und Situationen aus ihrer Kindheit. Getragen wird das Tanz- und Musikstück (ab 6 J.) von afrikanischen Liedern traditionellen und modernen Ursprungs.

**CARD-Ermäßigung für 2 Pers.**



Foto: Andreas Fries

10. Juni 2010

**Galakonzert – Toni Stricker**  
Wiener Konzerthaus, Großer Saal

Ein Leben voll Musik. Anlässlich seines 80. Geburtstages präsentiert die österreichische Geigerlegende gemeinsam mit langjährigen Wegbegleitern an diesem Galaabend die Vielfalt seines künstlerischen Schaffens. Ermäßigte Karten unter dem KW „Gewerkschaft“: Tel. 01/960 96  
**10 % CARD-Ermäßigung**

# Leserbriefe

Leserbriefe schicken Sie bitte an: kompetenz@gpa-djp.at

## „Arbeiten verboten“

(2/2010, S. 20/21)



### Repression um jeden Preis

Der hochinteressante Artikel von Heinz Fronek führt drastisch vor Augen, worum es beim De-facto-Ausschluss von Asylwerbern vom österreichischen Arbeitsmarkt in Wahrheit geht. Nämlich, darum Asylwerbern die Integration in Österreich zu erschweren, am besten zu verunmöglichen, um Österreich nur ja als „Zielort“ für Flüchtlinge unattraktiv zu machen. Und wenn das nicht aus-

reicht, will man sie gleich von Anfang an einsperren. Koste es (den österreichischen Steuerzahler), was es wolle. Von Menschenrechten spricht in diesem Bereich von den Entscheidungsträgern ohnehin kaum noch wer.

Herbert Zavrel, 1180 Wien

### Unmenschlichkeit vor volkswirtschaftlichem Wohl

Die restriktive Rechtslage auf dem Gebiet des Zuganges von Asylwerbern zur Erwerbstätigkeit zeigt plastisch, worum es der „Politik“ (jedenfalls den beiden Regierungsparteien) in diesem Bereich geht: Asylwerber sollen in Österreich möglichst schlecht behandelt werden, damit die Asylantragszahlen noch weiter – am besten auf 0 – sinken ... Dabei gibt es ja nicht einmal ansatzweise halbwegs seriöse Berechnungen, ob diese unmenschliche Kalkulation

volkswirtschaftlich überhaupt aufgeht. Abgesehen von der Unmenschlichkeit dieser „Asylpolitik“.

Mario Santillana, 1220 Wien

## „Neue KOMPETENZ“

(1/2010, S. 9)

Es muss schon einen guten Grund haben, dass das Wort Kompetenz weiblich ist. Die neugestaltete KOMPETENZ ist jedenfalls ein weiterer. Ich gratuliere zum neuen Layout, ich gratuliere aber besonders zum wie immer ausgezeichneten Inhalt. Um beim Thema der ersten Ausgabe zu bleiben: Ihr gehört ohne Zweifel zu unseren besten Leistungsträgerinnen! Herzlichen Dank für Eure Bemühungen und bitte nicht nachlassen!

Wilhelm L. Andel, 1230 Wien

### Arbeiten im Callcenter. Service um jeden Preis?

Hrsg. Sandra Stern, Annika Schönauer, Ursula Holtgrewe. ÖGB-Verlag. € 15,80



Das Buch blickt hinter die Kulissen und beschreibt den Arbeitsalltag in Callcentern. ExpertInnen – großteils ehemalige Callcenteragents – sprechen über ihre Erfahrungen: kleinliche Kontrollen, hoher Druck und verordnete gute Laune. Sie skizzieren aber auch Handlungsspielräume zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zur Arbeit im Callcenter sowie Informationen über die Rechte der ArbeitnehmerInnen ergänzen das Buch.

### Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

Kate Pickett, Richard Wilkinson. Hoffmann & Tolkemitt € 19,90.

Ungleichheit, so wollen uns WirtschaftsexpertInnen einreden, ist eine gute Sache: Sie fördert den Wettbewerb und animiert den Einzelnen zu mehr Leistung. Die weniger Betuchten versuchen so zu werden wie die Begüterten und die Tüchtigen geben den Takt vor. In einer freien Wirtschaft entfalten sich durch diesen Wettbewerb die produktivsten Kräfte. Und wo die Wirtschaft boomt, geht es allen gut.

Ist das wirklich so? Kate Pickett und Richard Wilkinson haben in jahrzehntelanger Arbeit Daten

zum Zustand entwickelter Gesellschaften gesammelt und ausgewertet. Sie untersuchten unter anderem die körperliche und geistige Gesundheit, den Drogenkonsum, die Zahl der Selbstmorde, die Höhe der Lebenserwartung, fragten nach dem Bildungsniveau, nach Schwangerschaften von Minderjährigen und natürlich nach der sozialen Mobilität.



Die Erkenntnis der beiden AutorInnen: Lebenserwartung, Gesundheit, Bildungschancen und Kriminalität stehen in eindeutigem Zusammenhang mit der sozialen Ungleichheit einer Gesellschaft und nicht etwa mit der Höhe des Durchschnittseinkommens.

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.



## Frühstart im „grünen Quartier“

*Stadterweiterung.* In Stadlau entsteht derzeit eine von Jungarchitekten entwickelte neue Anlage mit hochwertigen Wohnungen und Reihenhäusern.

### WOHNUNGSBERATUNG

Wohnbauvereinigung für Privat-  
angestellte  
WBV-GPA Wohnungsservice –  
Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Fr. Reisenhofer Dw. 12,  
Fr. Goldnagl Dw. 22,  
Hr. Neußl Dw. 23  
Fax: (01) 535 49 78  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
E-Mail:  
[wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)

Neubauprojekte:

- 1100 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, 108 Wohnungen, 2 Lokale, unverbindliche Vormerkungen möglich

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte errichtet in Wien 22, Lavaterstraße 5, eine Wohnhausanlage mit 56 Wohnungen, 12 Reihenhäusern, 1 Ordination, 1 Büro und 71 Tiefgaragenabstellplätzen. Fertigstellung ist im Dezember 2010. Kurz zuvor wird auch die in unmittelbarer Nähe liegende Verlängerung der U2 (Station Aspernstraße) eröffnet.

### Jungarchitekten entwickeln neuen Stadtteil

Der bestens an den öffentlichen Verkehr angeschlossene Stadtteil umfasst vier Bauplätze mit ca. 700 Wohnungen und wurde im Rahmen eines Bauträgerwettbewerbes entwickelt. Dieser Wettbewerb richtete sich primär an „Jungarchitek-

ten“. „Junge Architekten“ im Sinne des Wettbewerbs sind Architekten oder Büros, deren Gründung weniger als sieben Jahre zurückliegt oder deren Eigentümer bzw. Gesellschafter jünger als 45 Jahre sind, und Sie sollten mit diesem Wettbewerb speziell gefördert werden.

### Frühstart der Wohnbauvereinigung

Das Büro „Ceska Priesner Architektur“, mit dem die Wohnbauvereinigung bereits bei der Wohnhausanlage Wien 23, Weltingergasse 3 zusammengearbeitet hat, war für die städtebauliche Konzeption verantwortlich. Es realisiert weiters auf einem Bauabschnitt ca. 140 Wohneinheiten, von denen rund die Hälfte die Wohnbauvereinigung

für Privatangestellte errichtet. Dieser Bauabschnitt ging als erster in Bau und wird auch als erster fertiggestellt werden.

Das Konzept sieht eine geschlossene Randbebauung an der Lavaterstraße und eine freiflächenorientierte, aufgelockerte Struktur mit geringer Bauhöhe in der Tiefe des Grundstückes vor. Für das Areal wurde ein hochwertiges Grünraumkonzept entwickelt, das Freiflächen vorsieht, die teils privat (Eingärten) und teils halböffentlich (Spielplatz) sind. Die Spielzone liegt an einem Erschließungsweg und ist mit naturnah gestalteten Spielflächen ausgestattet.

### Wohnhaus mit Loggia

Der Baukörper entlang der Straße ist fünfgeschoßig und hat drei Stiegenhäuser, die als Zweispännertyp konzipiert sind, sodass je Stockwerk nur zwei Wohnungen erschlossen werden. Alle Wohnungen sind Richtung Hof orientiert, beidseitig belichtet und quer belüftbar. In der Erdgeschoßzone sind eine Ordination, ein Büro, Nebenräume (Fahrrad-, Kinderwagen-, Müllraum) und ein Gemeinschaftsraum vorgesehen.

### Terrassenhaus

In der Mittelzone sind zwei dreigeschoßige Terrassenhäuser angeordnet, die über wettergeschützte Laubengänge erschlossen werden. Alle Aufenthaltsräume sind zu den Terrassen nach Süd-West orientiert, Küche und Bad zum Laubengang mit offenbaren Fenstern. Alle Wohnungen verfügen selbstverständlich über Terrassen, wobei die im Erdgeschoß leicht über dem Geländeneiveau angehoben werden.

Den Abschluss der Terrassenhäuser nach Westen bildet ein quer gestellter Baukörper, im Erdgeschoß mit Fahrrad- und Kinderwagenabstell-

raum, im 1. Stock mit zwei Atelierwohnungen und im 2. Stock mit einer Waschküche, die als multifunktionaler Raum genutzt werden kann und über zwei großzügige Gemeinschaftsterrassen verfügt.

### Reihenhaus mit Eigengarten

Die Reihenhäuser haben zwei Stockwerke, einen Keller und verfügen über eine Gartenfläche. Das Erdgeschoß ist die Wohnzone und das Obergeschoß die Schlafzone. Die Mietergärten sind mit Hainbuchen- und Eibischhecken eingefasst. Zu den Reihenhäusern gibt es noch zusätzlich Flugdächer für Fahrräder und Gartengeräteboxen.

### Vereinzelte freie Wohnungen

Vor allem die Terrassenwohnungen haben sich als „Renner“ erwiesen und waren als erste vermietet. In der Zwischenzeit wurden mehr als 80 % der Wohnungen vertraglich den künftigen Mietern zugesichert. Vereinzelt sind noch Wohnungen verfügbar, die im Dezember bezogen werden können.

Für rasch Entschlossene gibt es derzeit noch einzelne Reihenhäuser und vor allem größere Wohnungen im mehrgeschoßigen Wohnbereich. In allen Wohnungstypen befinden sich großzügige Wohnbereiche mit offenen Küchen (mit einer Option zur Abtrennung) und zugeordnete Freiräume. Alle Schlafräume sind zu ruhigen, begrünten Außenbereichen hin orientiert.

### Finanzierungsbeitrag, Miete und Kaufoption

Der Finanzierungsbeitrag für eine Wohnung bzw. ein Reihenhaus beträgt ca. € 450,- pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche. Die vorläufige Miete inklusive Betriebskosten und Umsatzsteuer wurde mit ca. 6,40 € pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche berechnet. Ein Tiefgaragenabstellplatz ist um ca. 68,- € zu mieten.

Für die Wohnungen und Reihenhäuser besteht eine Kaufoption, die nach zehn Jahren Nutzungsdauer ausgeübt werden kann. ■

Michael Gehbauer



# fair-finance – der faire Unterschied

*Abfertigung.* Mit der neuen Abfertigungskasse „fair-finance“ kommt Dynamik auf den Markt. Ihr Ziel ist es, individuellen Nutzen mit gesellschaftlichem Mehrwert zu verbinden. Ein Umstieg in die neue Kasse ist einfach und kostenlos möglich.

**D**ie meisten Anbieter tun Gutes für die Gesellschaft. Aber nur für ihre eigene. Der Blick über den Tellerrand brachte uns auf die Idee zu fair-finance, einem Geschäftsmodell, das auf faire Weise Werte schafft und vermehrt. Fairness, Kompetenz und Nachhaltigkeit sind die Grundpfeiler unserer Arbeit, die Abkehr von einseitigem Gewinnstreben unser Credo. Die bewusste Auswahl an sozial verantwortlichen Investments und eine starke

Partnerschaft bieten dem Kunden heute mehr als individuelle finanzielle Vorteile“, bringt der Vorstandsvorsitzende von „fair finance“ Mag. Markus Zeilinger die Firmenphilosophie auf den Punkt.

Der Gesetzgeber verlangt seit 1.1.2003 von allen Arbeitgebern für ArbeitnehmerInnen, einen laufenden Beitrag in Höhe von 1,53 Prozent des monatlichen Bruttoentgeltes zu leisten. Dieser Beitrag wird über den zuständigen Träger der Kran-

kenversicherung an eine Betriebliche Vorsorgekasse weitergeleitet. Seit 1.1.2008 sind auch alle freien DienstnehmerInnen und Selbstständige, die gemäß GSVG in der Krankenversicherung pflichtversichert sind, obligatorisch erfasst.

## Mehr Werte auf faire Weise

Die Flexibilität eines Privatunternehmens mit starken Partnern garantiert, dass das Konzept rasch, unabhängig und frei von Sachwän-

gen realisiert werden kann. Ethische und soziale Richtlinien bestimmen das Handeln, persönliche Betreuung steht im Vordergrund. Das Team wird so zusammengesetzt, dass der ideale Erfahrungsmix für das Produkt gegeben ist.

Die strategischen Partner gewährleisten Know-how, Stabilität und Nachhaltigkeit. Gesellschafter sind siebzehn Personen, sowie zwei institutionelle Pioniere im Bereich alternativer Finanzdienstleistungen, die sozial-ökologische Genossenschaftsbank GLS und die oeco capital Lebensversicherung, eine Tochter der Concordia Versicherungsgruppe. So bietet fair-finance eine solide Grundlage für die betriebliche Vorsorge.

Die Abwicklung der Geschäfte unterliegt der gebotenen Seriosität, Sorgfalt und Kundennähe – gepaart mit Fairness in den Bereichen Kosten, Zinsen, Partizipation und Veranlagung. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollmechanismen und Audits gehören die kluge Veranlagung in ethisch vertretbare Investments, ein Kundenbeirat sowie Mitsprache- und Kontrollrechte der Kunden dazu.

### Sicher ist sicher

Servicequalität und Transparenz stehen im Vordergrund. Aufwand und Bewegung des Geldes sind klar durchschaubar und stets nachvollziehbar. Und Sie finden persönliche AnsprechpartnerInnen, die jederzeit gerne Auskunft geben. Alle Beiträge werden als treuhändiges Sondervermögen veranlagt und sind somit insolvenzgesichert. Ergänzend zu den gesetzlichen Vorschriften erlegt fair-finance sich selbst zusätzliche vertragliche Verpflichtungen zum Schutz des Vermögens der Anleger auf. Darüber hinaus ist jeder einzelne Anwartschaftsberechtigte über die Anlegerentschädigung

abgesichert. fair-finance ist Mitglied der Einlagensicherungseinrichtung der Banken und Bankiers.

### Kostenführerschaft bei Verwaltungskosten

Heute 1,7 Prozent Fixkosten, ab 2025 1,5 Prozent und ab 2040 1,4 Prozent – diese Formel garantiert minimale Verwaltungskosten. fair-finance markiert damit im Vergleich zum Wettbewerb die Spitzenleistung zum besten Preis und sichert zusätzlich die Performance. Um zu verhindern, dass etwa hohe Provisionen an der Rendite knabbern, vertreibt fair-finance dieses Produkt in einem eigenen Vertriebsmodell direkt und spart seinen Kunden sonst übliche Provisionskosten.

### So machen die Kunden mit

Kunden sind eingeladen, in einem eigenen Beirat ihr persönliches Mitgestaltungsrecht auszuüben. Der fair-finance-Beirat ist eine wichtige Institution zur Beratung der Geschäftsführung. Darüber hinaus hat der Verein fair-finance ein Vorschlagsrecht für ein Aufsichtsratsmandat. So können Kunden direkt wichtige Geschäftsentscheidungen mitgestalten und von ihrem Kontrollrecht Gebrauch machen.

### Veranlagung und Ethik

Veranlagungsentscheidungen berücksichtigen die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit, ausgedrückt in Sicherheit, Ertragskraft und Liquidität der Veranlagung, die

### Mehr als fair:

Einfach und kostenlos umsteigen in drei Schritten. So tun Sie das Beste für Ihre Mitarbeiter.

Von Ihrer Vorsorgekasse zu fair-finance, dem fairen Unterschied:

- Unterfertigen des Beitrittsvertrages mit fair-finance
- Kündigung des bestehenden Vertragsverhältnisses
- Lohnverrechnung informieren – neue Leitzahl: 71.150 (fair-finance Vorsorgekasse)

Muster für Betriebsvereinbarung, Kündigungsschreiben, Mitarbeiterinformation und Beitrittsvertrag erhalten Sie von fair-finance oder auf unserer Internetseite: [www.fair-finance.at](http://www.fair-finance.at) oder Tel. 0810 810 061

ökologische und vor allem auch die soziale Dimension. Eine in unserem Sinn nachhaltige Vermögensveranlagung führt weder zu Mehrkosten oder höheren Risiken noch zu Performance-Nachteilen, verglichen mit Veranlagungen ohne Nachhaltigkeitskriterien. Sie leistet vielmehr einen positiven Beitrag zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. ■

fair-finance   
VORSORGEKASSE AG

Foto: Kaarsten, Fotolia.com





# Zauber der Antike – Lykien

## 8-tägige Rundreise ab 249,- €

(Reisezeit: Oktober und November)

Im Reisepreis enthalten:

- Flug ab Wien, Linz, Graz oder Salzburg nach Antalya und retour
- 7 Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels (Landeskategorie) im DZ mit Bad/Dusche, WC, Haartrockner, Klimaanlage, Telefon und Sat-TV
- Täglich reichhaltige Halbpension in Buffetform
- Deutschsprachige staatlich geprüfte Reiseführung
- Fahrt in modernen, klimatisierten Komfortreisebussen
- Ausflugspaket u. a. Myra, Ephesus, Pamukkale und Antalya
- Alle Eintritte lt. Reiseverlauf und keine Flughafenzuschläge!

Programminfos unter:

[www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card) oder

Tel. 05 03 01-301



**GPA** **djp**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER



**EUROTOURS**  
INTERNATIONAL

MEMBER OF  
VERKEHRSBÜRO  
GROUP